

[Transcript] Echo der Zeit / Geht Ukraine-Hilfe zulasten der Entwicklungsländer?

Radio-SRF Echo der Zeit mit Matthias Gündig.

Und das beschäftigt uns am Sonntag, den 16. April.

Der Bundesrat will die Ukraine beim Wiederaufbau mit 1,8 Milliarden Franken unterstützen.

Hilfswerke befürchten nun, dies geht zu Lasten von Hilfsprojekten in anderen Entwicklungsländern.
Dann Eskalation im Sudan.

Warum das Misstrauen zwischen Amé und Paramilitärs in Gewalt umgeschlagen ist.

Der Ausbruch der Gewalt-Sinkration am Samstag lässt sich nur als Folge einer Eskalationsspirale zwischen den beiden Parteien verstehen.

Sagt der Sudan-Experte Gerrit Kurz im Echo-Gespräch und Olympische Wettkampf mit Reagenzglas und Pipette,

was Jugendliche motiviert, an einem Chemiewettkampf teilzunehmen.

Also einerseits, um andere Leute zu lernen, welche Chemie cool findet

und andererseits auch zum Hochschulzeug gesehen.

Sagt der 18-jährige Andrin Hauenstein, der im Sommer für die Schweiz an der Chemie-Olympiade antreten wird.

Echo der Zeit.

Wir beginnen mit den Nachrichten und Manuel Riesi.

Orthodoxe Christinnen und Christen haben heute das Osterfest gefeiert, auch in der Ukraine und in Russland.

Aus diesem Anlass sollen die beiden Kriegsparteien Gefangene ausgetauscht haben.

130 ukrainische Soldaten sollen aus russischer Kriegsgefangenschaft entlassen worden sein, das berichtet das ukrainische Präsidentenbüro.

Der Austausch sei in den letzten Tagen in mehreren Etappen erfolgt, heißt es weiter.
Von russischer Seite gab es dazu keine Informationen.

Umgeachtet des orthodoxen Osterfestes sind die Kämpfe in der Ukraine weitergegangen, unter anderem in der südlichen Region Nikolayev und im Gebiet Saporishia.

Dort soll es laut dem Leiter der ukrainischen Militärverwaltung zu Zitat massiven russischen Angriffen gekommen sein.

Auch im Kriegsland Jemen haben Konfliktparteien Gefangene ausgetauscht.

Rund 900 Menschen seien innerhalb von drei Tagen wieder mit ihren Familien vereint worden, teilte das Internationale Komitee vom Roten Kreuz mit.

Die jemenitische Regierung ließ zusammen mit Saudi-Arabien insgesamt rund 700 Gefangene frei, die Hutirebellen auf der anderen Seite 180 Gefangene.

Der zuständige UNO Sonderbeauftragte sprach von einer Zeit der Hoffnung für Jemen.

Ungarn hat angekündigt, vorerst kein Getreide mehr aus der Ukraine importieren zu wollen.

Auch weitere landwirtschaftliche Produkte sind vom Importstopp betroffen.

Zuvor hatten bereits Polen und Dislawakai einen solchen Importstopp beschlossen.

Und wegen des russischen Angriffskrieges gelangen viel mehr landwirtschaftliche Produkte der Ukraine in die Nachbarländer statt nach Übersee.

Laut dem ungarischen Landwirtschaftsminister setzt das die Preise in Ungarn unter Druck.

Die Länder der G7, sieben der wichtigsten Industrienationen, wollen ihren Plastikabfall bis ins Jahr 2040 auf null bringen.

Das ist eine der Entscheidungen der Umweltministerinnen und Minister der G7-Länder.

Sie haben sich in Japan getroffen.

[Transcript] Echo der Zeit / Geht Ukraine-Hilfe zulasten der Entwicklungsländer?

Erreichen wollen sie das, indem die Kreislaufwirtschaft noch mehr ausgebaut werden soll. Zudem sollen Einwerkplastik und nicht recycelbare Kunststoff weitgehend abgeschafft werden. Auch die Energieversorgung der Länder war ein Thema am Treffen. Mit dem Resultats erneuerbare Energien sollen mehr gefördert werden. In die Schweiz, im Kanton Appenzell Außerroden wurde heute ein neues Parlament gewählt. Neu ins Kantonsparlament haben es die Grünliberalen geschafft. Sie sind zum ersten Mal zu den Kantonsratswahlen angetreten und haben in den zwei Größten der insgesamt 20 Gemeinden, in Herisau und in Teufen je einen Sitz erobert, dies auf Kosten der FDP. Die FDP bleibt aber die stärkste Kraft im Kanton Appenzell Außerroden. Danach kommen die Partei Unabhängigen. Noch offen ist ein Sitz in einer Gemeinde, in der es zu einem zweiten Wahlgang kommt. Mit dem Klimawandel steigt die Bedrohung durch Naturgefahren in der Schweiz. Es kommt beispielsweise zu Felsstürzen und Murgängen. Schweizer Bahnbetreiber müssen darum mehr Geld in Schutzbauten investieren. Das berichtet der Sonntagsblick. Die Rätische Bahn geht davon aus, dass sie künftig durchschnittlich 7 Millionen Franken pro Jahr investieren müsse. In den letzten fünf Jahren seines insgesamt 29 Millionen Franken gewesen. Und die SBB ist laut Sonntagsblick auf rund einem Drittel des Schienennetzes möglichen Naturgefahren ausgesetzt. Für Schutzmaßnahmen habe sie in den vergangenen Jahren rund 15 Millionen Franken pro Jahr ausgegeben. Beim eidgenössischen Finanzdepartement sind zwei Klagen von Investoren eingegangen. Im Zusammenhang mit der Übernahme der Krediswiss durch die UBS. Das Finanzdepartement bestätigt eine entsprechende Meldung der Sonntagszeitung gegenüber der Nachrichtenagentur Kisten SDA. Es handelt sich dabei um sogenannte Staatshaftungsbegehren. Zum Inhalt der laufenden Verfahren machte das Departement keine Angaben. Zum Sport in der Schweizer Fußballmeisterschaft hat St. Gallen gegen Wintertour verloren mit 2 zu 3. Und wie wird das Wetter zum Wochenanfang, Manuel Riesi? Heute ist es im Norden stark bewölkt und besonders in der östlichen Landeshälfte Eregnerisch, oberhalb von 900 bis 1300 Metern Feldschnee. Im Westen wird es nur vereinzelt nass, die Höchstwerte liegen bei 7 bis 10 Grad. Und morgen lockern sich die Wolken am Nachmittag teilweise auf bei etwa 12 Grad. Es sind aber weitere Regengüsse möglich. Im Süden wird es morgen ziemlich sonnig bei rund 20 Grad. Die Schweiz will der Ukraine beim Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur helfen und humanitäre Hilfe leisten. Diese Woche hat Außenminister Ignacio Gassis angekündigt, dass in den nächsten 6 Jahren 1,8 Milliarden Franken für die Ukraine Hilfe ausgegeben werden soll. Die Hilfswerke und Entwicklungsorganisationen befürchten nun, dies gehe zulasten der Hilfe an andere Entwicklungsländer.

[Transcript] Echo der Zeit / Geht Ukraine-Hilfe zulasten der Entwicklungsländer?

Doch das EDA widerspricht Tobias Gasser.

Es ist eine Zahl, die die Hilfswerke aufhorchen ließ.

1,5 Milliarden Franken wollen die Schweiz in den Jahren 2025 bis 2028 für die Ukraine Hilfe reservieren.

Zusammen mit den Jahren 2023 und 2024 wären das 1,8 Milliarden Franken insgesamt.

Das kündigte Bundesrat Ignacio Gassis diese Woche an.

Seit längerem befürchten die Schweizer Entwicklungsorganisationen

dieses Geld werde von der Hilfe für die ärmsten Länder in Asien, Afrika und Osteuropa abgezwickelt und sehen sich durch die neuen Zahlen bestätigt.

Bislang habe der Bund den Entwicklungsorganisationen kommuniziert,

dass innerhalb des Budgetrahmens 650 Millionen für die Ukraine reserviert seien.

Das sagt Andreas Miesbach, Geschäftsleiter von Allianz Süd,

der Entwicklungspolitischen Dachorganisation der großen Schweizer Hilfswerke.

Aber dann fehlen für den Zeitraum 25 bis 28 immer noch 850 Millionen Franken.

Und ich kann nicht nachvollziehen, warum Herr Gassis sagen kann,

dass auf diese 850 Millionen Franken verzichtet werden kann, ohne an das Moab-Schriche zu machen.

Es wäre ein verheerender Entscheid, diese 850 Millionen der restlichen

Entwicklungszusammenarbeit wegzunehmen,

sagt Andreas Miesbach von Allianz Süd.

Das Ernährungsprogramm der UNO braucht mehr Geld, weil die Krisen explodieren.

Die langfristige Entwicklungszusammenarbeit bei der Berufsbildung kann man nicht einfach kürzen oder stoppen, ohne auch wirklich bisherige Erfolge zunichte zu machen.

Bundesrat Gassis dementierte bereits am Donnerstag im Echo der Zeit,

dass der Ausbau der Ukraine-Hilfe auf Kosten der restlichen Entwicklungshilfe erfolge.

Diese Befürchtungen seien unbegründet.

Wir bleiben beim gleichen Budget auch für die nächsten vier Jahre.

Das Wachstum dieses Budget wird einfach reserviert für den Wiederaufbau der Ukraine,

aber die totale Summe bleibt für die normale Programme der Armutsbekämpfung und der nachhaltigen Entwicklung.

Auf Nachfrage hin bestätigt er hingegen die Medienstelle des Auswärtigen Departementes.

Der Bundesrat hat eine Priorisierung beschlossen.

Der Bundesrat hat entschieden, bei der internationalen Zusammenarbeit

eine Priorisierung zugunsten der Ukraine vorzunehmen.

Aber ohne den Rest der Welt aus den Augen zu verlieren.

Wird also doch bei den restlichen Ländern gespart.

Das EDA schreibt, in den Jahren 25 bis 2028 sollen neu fünf bis zehn Prozent der internationalen Hilfe für die Ukraine reserviert werden.

Das würde, wie die Hilfswerke befürchten, weniger Hilfe für die restlichen Entwicklungsländer bedeuten.

Hat Bundesrat Gassis also nicht die Wahrheit gesagt?

Auf eine zweite Nachfrage hin schreibt der SEDA, die Proportionen der Hilfe für die einzelnen Länder sollen gleich bleiben.

Es würden nämlich geldmittelfrei mit dem Ausstieg bei der Hilfe für Lateinamerika.

[Transcript] Echo der Zeit / Geht Ukraine-Hilfe zulasten der Entwicklungsländer?

Das stimmt, die Programme in den lateinamerikanischen Ländern werden aktuell eingestellt. Das ist ein bereits älterer Entscheid.

Mit dem Ausstieg aus Lateinamerika wollte sich die Schweiz auf weniger Schwerpunktländer konzentrieren,

aber dort jeweils die Hilfe intensivieren.

Es kann also gut sein, dass die einzelnen Entwicklungsländer in Afrika und Asien zwar gleich viel Geld erhalten wie bislang,

so wie es Gassis verspricht.

Aber der strategische Entscheid, dort die Budgetes aufzustocken, wird damit zu Nichte gemacht, zugunsten der Ukraine.

Auch wenn vorerst einmal 1,8 Milliarden Franken für die Ukraine reserviert sind, wissen Außenminister Inazio Gassis und sein Departement, dass dieser Betrag für die Ukraine Hilfe zu tief ist.

Im internationalen Vergleich landet die Schweiz auf den hinteren Rängen.

Der Druck wird steigen, mehr zu tun.

Darum suche das EDA weitere Finanzquelle, sagt Außenminister Gassis.

Dann soll ein Prozess entstehen mit einer Gesetzgebung, mit zusätzlichen Geldern, aber das ist eben jetzt Abklärungsarbeiten laufen zurzeit.

Eine Arbeitsgruppe soll weitere Finanzquelle ausfindig machen, um der Ukraine zu helfen, aber ohne dass noch stärker auf das Budget der internationalen Zusammenarbeit zurückgegriffen werden müsste.

Sie hören da sicherer Zeit auf Radio SRF mit diesen weiteren Themen.

Blutiger Machtkampf im Sudan, wie es zum Gewaltausbruch kommen konnte.

Wahlen in Appenzell ausrodern, warum im Halbkanton so viele parteilos gewählt werden.

Chemie-Olympiade.

Wer die Schweiz vertreten wird, am kommenden internationalen Wettstreit in Zürich.

Und die Sendung international gleich anschließend befasst sich mit Italien.

In keinem anderen Land Europas arbeitet Justiz derart schleppend.

Das frustriert Bürgerinnen und Bürger und schreckt potenzielle Investoren ab.

Eine großangelegte Reform soll Abhilfe schaffen.

Echt oder Zeit?

Auch heute gingen im Sudan die gewaltsamen Auseinandersetzungen

zwischen der Armee und den paramilitärischen Einheiten der Rapid Support Forces weiter.

Bei den Kämpfen sind mittlerweile bereits über 50 Zivilisten getötet worden,

darunter auch drei Mitarbeiter des Welternährungsprogramms,

das seine Arbeit im Sudan deshalb eingestellt hat.

Umkämpft sind offenbar nicht nur strategisch wichtige Gebäude,

wie Armee-Stützpunkte, der Flughafen oder das Gebäude des staatlichen Fernsehens.

Kämpfe finden laut Augenzeugen auch in Wohngebieten und auf offener Straße statt.

Ich konnte am Nachmittag mit dem Sudan-Spezialisten der Stiftung

Wissenschaft und Politik sprechen mit Gerrit Kurz.

Er bewand sich zum Zeitpunkt des Interviews auf einer längeren Bahnreise.

Zunächst hat mir Gerrit Kurz erklärt, wer diese Rapid Support Forces kurz RSF sind.

Die Rapid Support Forces sind eine paramilitärische Einheit,

[Transcript] Echo der Zeit / Geht Ukraine-Hilfe zulasten der Entwicklungsländer?

die noch unter dem damaligen Herrscher Oma Al-Washir 2013 geschaffen worden sind, mit zwei hauptsächlichen Zwecken, nämlich einerseits, die Reste des Aufstandes in der Fuhr zu bekämpfen.

Sie gingen auch aus informellen Milizen, die auch schon von der Regierung unterstützt wurden, hervor, die das schon damals ein Jahrzehnt lang getan hatten mit reichlich Massakern und Verbrechen an der Zivilvölkerung.

Und der zweite Zweck für Bashir war seine eigene Herrschaft zu sichern, nämlich sich zu backen gegen einen Putsch der Streitkräfte oder des Geheimdienstes und so eine parallele Armee aufzubauen, die gegen die eigenen Streitkräfte agieren konnte. Und dann wuchsen die RSF auch heran zu so etwas wie dem persönlichen Schutzmacht Bashirs. Vor zwei Jahren haben die Rapid Support Forces noch gemeinsam mit der Armee geputscht und die Macht im Sudan übernommen.

Was hat dann schließlich zum Zerwürfnis dieser beiden geführt?

Die Zusammenarbeit zwischen RSF und sudanesischen Streitkräften war im Grunde immer schon ein Zweckbündnis.

Das war so beim Sturz von Bashir 2019 und das war auch so beim Militärputsch 2021.

Das Problem war mit dem Putsch, dass es dem Militär und RSF nicht gelungen ist, eine funktionsfähige Regierung zu bilden.

Sie wollten sich viele Partner haben und die haben sie nicht gefunden und deswegen haben sie sich dann darauf eingelassen,

einen Prozess doch wieder die Macht an eine zivile Regierung zu übergeben.

Und im Zuge dieses Prozesses hat sich dann eben der Führer der RSF, Himeti, als großer Freund einer demokratischen Regierung präsentiert und als großer Freund der Revolution, der er nicht ist.

Aber er hat versucht sich sozusagen an die Spitze der Bewegung zu stellen und das hat für erheblichen Wohnmut auf Seiten der Streitkräfte gesorgt.

Hinzu kam, dass es immer schon Spannungen gab,

weil die Islamisten, die ganz stark den Ton weiterhin in den Streitkräften angeben und die jetzt auch noch an Gewicht wieder gewonnen hatten seit dem Putsch,

Himeti nicht trauten, weil er eben Bashir gestürzt hatte und damit die Islamistische Regierung gestürzt hatte.

Und jetzt in den letzten Wochen wurde es dann plötzlich gewählt, sollte es dann tatsächlich zur Bildung dieser zivilen Regierung kommen.

Aber das letzte Thema, was noch diskutiert wurde, war eben die Integration von RSF in Streitkräfte, so der sich Himeti zu einem Grundsatz immer schon bekannt hatte.

Aber jetzt, wo es komplett wurde, sagt er dann, nein, das müsste dann mindestens zehn Jahre dauern,

bis das abgeschlossene Saal war.

Erst müssten ja diese ganzen islamistischen Offiziere aus den Streitkräften entfernt werden, bevor er seine eigenen Truppen sozusagen denen unterstellen könne

und das war nicht akzeptabel für die anderen Sicherheitskräfte und die Friedkräfte, die eine wesentlich schnellere Integration nämlich innerhalb von zwei Jahren wollten.

Das war denn nun konkret der Auslöse, dass dieser Konflikt in offene Gewalt umgeschlagen hat?

Der Ausbruch der Gewalt in Karazum am Samstag lässt sich nur als Sorge einer Eskalationsspirale

[Transcript] Echo der Zeit / Geht Ukraine-Hilfe zulasten der Entwicklungsländer?

zwischen den beiden Parteien verstehen.

Wobei da ein so großes Misstrauen gegenüber den anderen hatten, dass jeder Schritte des anderen als unmittelbare Bedrohung und Vorbereitung für eine überwaffelte Auseinandersetzung gesehen hat.

Und irgendwann wurde es dann eben auch zu einer.

Der unmittelbare Auslöser war jetzt konkret, dass die RSF am Donnerstag Massivkräfte in den Norden und auch in die Hauptstadt verlegt haben und die Streitkräfte das missbilligten.

Das haben sie auch öffentlich gemacht und gesagt, wenn ihr euch nicht zurückzieht, dann wird das in einem Olaps der Sicherheitsenden.

Warum haben die RSF das gemacht?

Sie vermuteten, dass die dort anwesenden ägyptischen Soldaten in mehrere Morden die Streitkräfte unterstützen sollen.

Ob das tatsächlich der Fall war oder nicht, ist dahingestellt.

Die Streitkräfte haben auf zu früheren Zeit wirklich schon Übungen mit ihren ägyptischen Gegenkarts gemacht.

Aber zumindest war das offensichtlich der Glaube bei der Führung der RSF und das hat sich dann so hochgeschaufelt, dass dann eben die ersten Schüsse am Samstag morgens vielen, wer genau diese Schüsse abgegeben hat oder den ersten Angriff sozusagen gefahren hat, darüber gibt es unterschiedliche Angaben, beide Seiten beschuldigen sich gegenseitig, aber es ist auf jeden Fall auch ganz deutlich, dass auch beide Seiten ihnen dafür verantworten, dass es so weit gekommen ist.

Sie haben Ägypten erwähnt, am Samstag kursierten ja auch Bilder von ägyptischen Soldaten, die im Norden Sudans von den Rapid Support Forces festgehalten wurden, droht sogar eine regionale Eskalation mit dem Nachbarland Ägypten.

Sudan nimmt eine zentrale Stellung am größeren Horn von Afrika ein und die beiden Konfliktparteien, Führer der Streitkräfte und der RSF, haben seit Jahren schon ihre eigene Außenpolitik gemacht und verbündete in der näheren und weiteren Nachbarschaft gesucht.

Und in der Tat kann eine größere Auseinandersetzung in Sudan auch noch sich weiter auf die Region ausüben.

Ägypten hat in der Tat besonders starkes Interesse an Sudan und ist in der Vergangenheit stark verbunden gewesen mit den Streitkräften von Abd al-Fataf al-Bufan.

Wie diese möglichen gefangenen ägyptischen Soldaten in Meloyer von den RSF behandelt werden, wird sicherlich eine wichtige Rolle spielen, wie sich Ägypten da weiter verhält.

Sollten sie zu Schaden kommen, wäre das sicherlich ein großes Problem und könnte wirklich ein Anlass bieten für Ägypten.

Andererseits wird Ägypten auch vorsichtig sein, sich in diesen großen Konflikt direkt einzumischen zum jetzigen Zeitpunkt.

Das war eine Einschätzung von Gerrit Kurz.

Er ist Sudan-Experte bei der Stiftung Wissenschaft und Politik, die die deutsche Regierung in außenpolitischen Fragen berät.

Der Kanton Appenzell Außerroden hat sein Kantonsparlament neu gewählt,

[Transcript] Echo der Zeit / Geht Ukraine-Hilfe zulasten der Entwicklungsländer?

wie haben es in den Nachrichten gehört.

Auffällig viele der Kantonsrätinnen und Kantonsräte gehören keine Partei an, nämlich fast ein Drittel.

Das kommt nicht von ungefähr, denn in Appenzell Außerroden funktionieren Kantonsratswahlen etwas anders als in anderen Schweizer Kantonen.

Ostschweiz-Korrespondentin Selina Etter.

Ungewöhnlich beim Wahlverfahren im Kanton Appenzell Außerroden sind die Wahlkreise.

Es gibt nämlich gar keine.

Jede der 20 Gemeinden darf mindestens einen Sitz im Kantonsrat besetzen, abhängig von ihrer Einwohnerzahl.

Dazu kommt, dass im Majorz-Verfahren gewählt wird, mit Ausnahme der größten Gemeinde Herisau.

Diese Ausgangslage bedeutet, dass gerade in kleinen Gemeinden, die Kantonsratswahlen meist Kopfwahlen sind.

Die Kandidatinnen und Kandidaten treten primär als Vertreter ihrer Gemeinde auf Kantonebene an.

Engagement und die Bekanntheit im eigenen Dorf sind ausschlaggebend.

Es kann sogar hinderlich sein, sich einer Partei anzuschließen.

Schnell trifft einen das Vorurteil, nach Parteibuch zu handeln, statt zum Wohle der Gemeinde.

Diese Haltung scheint in Außerroden stärker verankert zu sein als in anderen Kantonen.

Zum Vergleich der Kanton Uri.

Dort wird ähnlich gewählt wie in Außerroden.

Trotzdem gibt es im Urnerlandrat nur wenige Parteilose.

Den Unterschied dürfte die Landsgemeinde machen.

Die Urner haben ihre schon vor dem Zweiten Weltkrieg abgeschafft.

Appenzell Außerroden erst 1997.

Vom Geist der Landsgemeinde ist wahrscheinlich die Haltung geblieben,

dass Persönlichkeit und das eigene Wort wichtiger sind als die Parteizugehörigkeit.

Beispiel hierfür ist Appenzell Innenroden, wo es noch eine Landsgemeinde gibt

und die Parteien an der Landsgemeinde und im Kantonsparlament so gut wie keine Rolle spielen.

Im Außerroder Kantonsrat bilden die Parteilosen dann die Fraktion der Partei Unabhängigen PU, die zweitgrößte Fraktion nach der FDP.

Einige der Gewählten ohne Partei schließen sich aber nach der Wahl auch einer anderen Fraktion an, etwa jener der SP oder der Mitte EVP.

Ob das von den Wählerinnen und Wählern gutgeheißt wird, ist schwierig zu beurteilen.

Die Fraktion der Partei Unabhängigen wird gelegentlich mit Argwohn beäugt,

weil ihre Mitglieder nicht geeint stimmen und die Fraktion in politischen Geschäften oft unberechenbar ist.

Die Wahlen, so wie sie heute in Appenzell Außerroden stattfanden, dürfen sich in Zukunft verändern.

Derzeit läuft nämlich die Revision der Kantonsverfassung.

Die Anzahl der Gemeinden steht zur Debatte ebenso das Majorz-Verfahren.

Selina Hetter.

Bei Olympiade denken Sie vielleicht sofort an die Fünffringe und an Sport.

Es gibt aber auch internationale Wissenschaftswettbewerbe, die sich so nennen, zum Beispiel die Chemie-Olympiade.

Diese findet nun zum ersten Mal in der Schweiz statt an der ETH in Zürich.

[Transcript] Echo der Zeit / Geht Ukraine-Hilfe zulasten der Entwicklungsländer?

Dort werden sich im Sommer Jugendliche aus aller Welt in einem Chemiewettbewerb messen. In der vergangenen Woche wurde entschieden, wer die Schweiz an diesem Anlass vertreten wird. Zürich-Korrespondent Dominic Steiner war im Chemielabor mit dabei. Sabine Neuhaus ist ganz in ihrem Element. Hier auf dem Tisch stehen Pipetten, Glasbehälter, Schläuche, mit denen sie handiert. Zuerst einmal eine Lösung herstellen, die man genau herausfinden kann, mit einer Zitrone, wie viel drin ist. Wie viel Nickel ist in der Flüssigkeit? Das soll die 19-Jährige aus dem Kanton Bern mittels chemischer Prozesse bestimmen. So lautet die Aufgabe hier im Labor an der ETH Hönkeberg. Sabine Neuhaus ist eine der 17 Gymnasiastinnen und Gymnasiasten aus der ganzen Schweiz, die sich für diese Ausscheidung qualifiziert haben. Bei früheren Wettbewerben in ihren Kantonen. Aus dem Tessin sind sie angerast, aus der Westschweiz Basel Argao Turgao. Die vier Besten aus dieser Gruppe vertreten dann die Schweiz im Juli an der internationalen Chemie Olympiade. Sabine Neuhaus wäre gerne mit dabei. Mit dem Ziel, mehr Erfahrung in Chemie und mehr Üben und Wissen. Neugierde ist die Motivation, der Sieg ist sekundär. Ganz nach dem olympischen Gedanken, dabei sein ist alles. So sieht es auch dieser Teilnehmer der 18-jährigen Zürcher Andrin Hauenstein. Also einerseits, um andere Leute kennenlernen, weil Chemie cool ist. Und andererseits auch zum Hochschulzeug gesehen, um in der Schule nicht die Möglichkeit hat zu machen. Junge Talente in der Naturwissenschaft fördern und Jugendliche aus der ganzen Welt zusammenbringen, das ist das Ziel der Chemie Olympiade. Diese Wettkämpfe gibt es seit 55 Jahren. Zum ersten Mal findet die Chemie Olympiade diesen Sommer in der Schweiz statt. Lara Gaffner vom Verband Schweizer Wissenschaftsolympiaden organisiert den Anlass mit. Sie ist überzeugt, dieser internationale Wettkampf sei wichtig für den Forschungsstandort. Es ist einfach, weil all diese begabten und auch engagierten Jugendlichen kommen alle hierhin, lernen die Schweiz kennen, lernen natürlich auch die ETH Zürich kennen. Und von dem her ist es, würde ich sagen, für den Forschungsstandort Schweiz und besonders die Chemie in der Schweiz einfach eine große Chance der Sichtbarkeit zu erreichen. Aus rund 90 Ländern reisen diesen Sommer 300 Jugendliche nach Zürich an die Olympiade. Darunter sind mehr junge Männer als Frauen. Doch die Förderung von weiblichen Talenten in den Mindfächern, Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik

[Transcript] Echo der Zeit / Geht Ukraine-Hilfe zulasten der Entwicklungsländer?

sei ein wichtiges Anliegen an den Wissenschaftsolympiaden, sagt Lara Gaffner. Und dafür gibt es auch in den verschiedenen Olympiaden alle Leimassnahmen. Das reicht von Events oder Übungsanlässen, spezifisch für junge Frauen, bis hin zu der Art und Weise, wie das kommuniziert wird. Es ist so, dass in den Mindfächern der Frauenanteilen ein sehr geringer ist, aber wir sind da dran.

So soll die Chemie-Olympiade mithelfen, gerade auch junge Frauen in den Naturwissenschaften zu fördern und den Chemietalenten ermöglichen, Kontakte übers Labor hinaus zu knüpfen. Dominik Steine.

Das war der 6. der Zeit, am Sonntag, den 16. April, mit Redaktionsschluss um 18.31 Uhr, verantwortlich für die Sendung ist Anna Drexel, für die Nachrichten Marisa Eckli, mein Name Matthias Kündig.